

lar verschifft. Davon dürften zumindest 55 Mill. Dollar auf Nahrungsmittel und Kohle entfallen. Im gleichen Zeitraum wurden von Österreich 43·4 Mill. Dollar auf ECA-Konto deponiert und 27·4 Mill. Dollar aus dem Verkauf von ECA-Gütern eingenommen. In den kommenden Monaten wird sich jedoch die Be-

deutung der ERP-Lieferungen erhöhen. Es wäre daher von großem Interesse für die Wirtschaftspolitik, die kommerziellen Einfuhren getrennt von den ERP-Lieferungen zu verfolgen. Dies ist jedoch vorläufig nicht möglich, da die Handelsstatistik die ERP-Einfuhren nicht gesondert ausweist.

Zur Problematik des Lebenshaltungskostenindex

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat seit Beginn des Jahres 1947 laufend Berechnungen über die „Lebenshaltungskosten nach einem Normalverbrauchsschema“ veröffentlicht, die wiederholt als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen herangezogen wurden und auf die gesamte Preis- und Lohnpolitik maßgeblichen Einfluß ausgeübt haben. Obwohl bereits bei der erstmaligen Veröffentlichung des Index¹⁾ auf seinen beschränkten Erkenntniswert hingewiesen wurde, mag es dennoch nicht überflüssig erscheinen, noch einmal die grundsätzliche Problematik der Indexberechnung, ihre Mängel, aber auch ihren positiven Aussagewert aufzuzeigen, um Fehlschlüsse zu vermeiden, die oft aus den Veränderungen des Lebenshaltungskostenindex gezogen werden.

Die allgemeine Problematik

Ein Lebenshaltungskostenindex soll angeben, wie sich das Geldeinkommen für eine bestimmte Bevölkerungsschichte (meist Arbeiter- oder Angestelltenfamilien) verändern müßte, damit sie ihre als konstant angenommenen Bedürfnisse im gleichen Maße befriedigen kann wie in der Ausgangsperiode. Alle Lebenshaltungskostenberechnungen sind deshalb problematisch, weil sie *psychische* Nutzengrößen (Realeinkommen, Wohlstandsniveau) *zahlenmäßig* ausdrücken wollen. Die allgemein übliche Methode, die Lebenshaltungskosten als Preissumme einer unveränderten, für den Verbrauch einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie typischen Warenkombination zu berechnen, ist zwar theoretisch nicht einwandfrei, liefert aber doch unter normalen Verhältnissen, und wenn man relativ kurze Zeiträume vergleicht, brauchbare Ergebnisse. Sie versagt jedoch, wenn sich, wie in der Kriegs- und Nachkriegszeit der Lebensstandard und die Zusammensetzung des Verbrauches grund-

legend verändern und zusätzliche Faktoren, die in der Preisentwicklung nicht zum Ausdruck kommen, wie Rationierungsvorschriften und Warenknappheit, die Lebenshaltung beeinflussen²⁾. Unter solchen Umständen ist die Berechnung eines repräsentativen Lebenshaltungskostenindex, der an Hand einer einzigen Indexreihe sowohl die Veränderung der Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit als auch in laufender Entwicklung aufzeigt, unmöglich.

Dem wohlbegründeten Rate der Theorie, auf die Berechnung von Lebenshaltungskostenindizes überhaupt zu verzichten, bis die Verhältnisse wieder repräsentative Indexberechnungen erlauben, steht das Bedürfnis der Praxis gegenüber, die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik gerade in der bewegten Nachkriegszeit zahlenmäßige Unterlagen für ihre Entscheidungen benötigt. Das Institut hat daher trotz mancher theoretischer Bedenken einen Lebenshal-

²⁾ Eine theoretisch exakte Messung der Entwicklung des Realeinkommens scheitert grundsätzlich daran, daß der relative Nutzen zweier verschieden zusammengesetzter Warenkombinationen nicht gemessen werden kann. In bestimmten Fällen kann allerdings durch einen Vergleich der Entwicklung der Nominaleinkommen mit zwei verschiedenen Lebenshaltungskostenindizes, von denen einer nach den Verbrauchsmengen der Basisperiode (*Laspeyres'sche Formel*) und der andere nach den Verbrauchsmengen der Endperiode (*Paasche'sche Formel*) gewogen wird, beurteilt werden, ob sich das Realeinkommen verbessert oder verschlechtert hat. Wenn der Lohnindex stärker steigt als beide Lebenshaltungskostenindizes, so hat sich das Realeinkommen eindeutig verbessert und umgekehrt. Liegt der Lohnindex zwischen beiden Indexziffern, so ist das Realeinkommen gestiegen, wenn der nach den Verbrauchsmengen der Basisperiode gewogene Index niedriger ist als der andere. Im umgekehrten Fall (Index nach Paasche'scher Formel niedriger als Index nach Laspeyres'scher Formel) ist die Veränderung des Realeinkommens ungewiß.

Diese Methoden zur Ermittlung des Realeinkommens sind jedoch nur dann anwendbar, wenn sich Realeinkommensveränderungen ausschließlich in der Relation zwischen Preisen und Löhnen ausdrücken. Sie versagen jedoch, wenn der Konsum quantitativ durch Bewirtschaftungsmaßnahmen beschränkt wird.

¹⁾ Siehe Nr. 1—3 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XX. Jahrgang (1947), S. 22 ff.

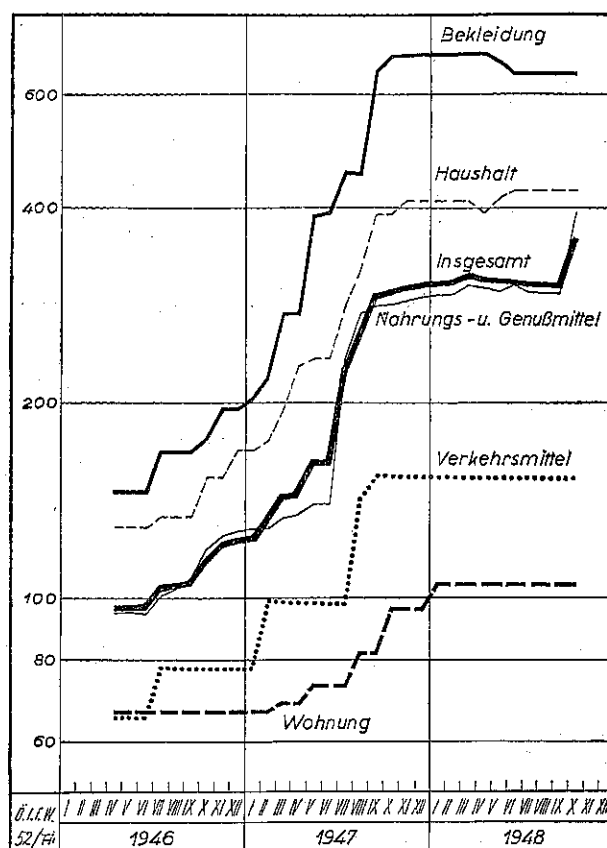
tungskostenindex veröffentlicht. Mag es auch nicht möglich sein, aus ihm unmittelbar auf die Veränderung der Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit zu schließen und eindeutige Aussagen über ihre laufende Entwicklung zu machen, so kann er im Zusammenhang mit anderen statistischen Daten und unter Berücksichtigung verschiedener qualitativer Aspekte doch für verschiedene Zwecke gute Dienste leisten — sofern man sich seiner Problematik und seines nur beschränkten Erkenntniswertes bewußt bleibt.

Schwierigkeiten und Mängel der Indexberechnung

Der vom Institut für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern berechnete Lebenshaltungskostenindex basiert auf einem unveränderten *friedensmäßigen Verbrauchsschema*. Die einzelnen Verbrauchsmengen werden zu offiziellen oder zumindest amtlich tolerierten Preisen bewertet. Streng genommen zeigt der Index nur, welchen Betrag eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in einem bestimmten Monat mehr ausgeben müßte als im März 1938, wenn sie die gleichen Verbrauchsmengen wie vor dem Krieg konsumieren wollte und sämtliche Waren in friedensmäßiger Qualität zu offiziellen Preisen unbeschränkt käuflich wären. Er enthält also eine Reihe von Annahmen, die offensichtlich von der Wirklichkeit abweichen. Diese Fiktionen beeinflussen naturgemäß die Ergebnisse und müssen bei einer Interpretation berücksichtigt werden.

Der *friedensmäßige Verbrauch* weicht sowohl quantitativ als auch qualitativ vom stark schwankenden Verbrauch der Nachkriegszeit ab. Abgesehen vom niedrigeren Konsumniveau hat sich unter dem Einfluß der Bewirtschaftung, der Warenknappheit sowie von preisinduzierten Verbrauchsverschiebungen vor allem die Zusammensetzung des Konsums verändert. Der Verbrauch von hochwertigen Nahrungsmitteln, Textilien, Schuhen, Haushaltgegenständen und anderen wichtigen Bedarfsgütern ist beträchtlich zurückgegangen; einzelne im Index enthaltene Konsumgüter waren lange Zeit sogar überhaupt nicht erhältlich. Dagegen liegt der Verbrauch von Brot, Hülsenfrüchten, elektrischem Strom, Verkehrsleistungen sowie der Besuch von Vergnügungstätten (insbesondere Kinos) über dem Friedensniveau. Das Friedensverbrauchsschema überschätzt daher die Bedeutung vieler Konsumgüter für den aktuellen Verbrauch und unterschätzt den Konsum anderer. Verschiebungen in den Preisrelationen beeinflussen somit den Index vielfach anders als den tatsächlichen Aufwand der Lebenshaltung. So dürften etwa die starken Preissteigerungen bei Be-

Abb. 2. Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten nach einem Normalverbrauchsschema in Wien
(Logarithmischer Maßstab; April 1938 = 100)



Die Preisindizes der einzelnen Warengruppen haben sich seit dem Jahre 1938 sehr verschieden entwickelt. Bekleidung und Haushaltsgegenstände sind gegenwärtig 4- bis 6mal so teuer wie vor dem Kriege, während die Preise für Verkehrsleistungen und die Miete erst knapp das Vorkriegsniveau überschritten haben.

kleidungs- und Haushaltsgegenständen, die neben der Agrarpreiserhöhung entscheidend zur Preis-Lohn-Dynamik im ersten Halbjahr 1947 beitrugen (siehe Abbildung 1), infolge ihres zu großen Gewichtes den Index übermäßig erhöht haben.

Die zweite wirklichkeitsfremde Annahme der Indexberechnung liegt darin, daß der gesamte Verbrauch zu *offiziellen Preisen* oder zu amtlich tolerierten Preisen bewertet wird. In Wirklichkeit waren, vor allem in der ersten Nachkriegszeit, nur beschränkte Mengen zu offiziellen Preisen erhältlich. Daneben gab und gibt es (bei Lebensmitteln) noch heute Graue und Schwarze Märkte, deren Preise vielfach über den amtlichen Preisen liegen und die praktisch von allen Bevölkerungskreisen, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, benutzt werden. Die Vernachlässigung der „grauen“ und „schwarzen“ Preise beeinflusst den Index in mehrfacher Hinsicht. Sie

verkleinert erstens die Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit. Auf Grund der offiziellen Preise und Löhne müßte man annehmen, daß die Reallöhne unmittelbar nach Kriegsende etwa ebenso hoch wie im Jahre 1937 gewesen wären, während tatsächlich nicht einmal das Existenzminimum gedeckt werden konnte. Zweitens kommen die seit Kriegsende durch den Rückgang der „schwarzen“ und „grauen“ Preise bewirkten Verbesserungen der Lebenshaltung nicht zum Ausdruck. Die erste Preissenkungswelle auf dem Schwarzen Markt, die sich vom Sommer 1945 bis gegen Ende des Jahres 1946 erstreckte, dürfte allerdings die Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft noch kaum nennenswert beeinflußt haben, da damals die Schwarzmarktpreise so hoch waren, daß sich eine Arbeiterfamilie nur verschwindend geringe Zukäufe auf dem Schwarzen Markt leisten konnte. Dagegen ist zweifellos die sinkende Preistendenz auf dem Grauen und dem Schwarzen Markt nach dem Währungsschutzgesetz auch der Arbeiterschaft zugute gekommen. Von Mitte November 1947 bis Mitte September 1948 sind die Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel um 72 %, die für Genußmittel um 66 % gesunken, während sich die offiziellen Lebenshaltungskosten nur um 0,7 % erhöht haben. Da eine durchschnittliche Arbeiter- und Angestelltenfamilie Ende 1947 rund 20 % ihrer Ausgaben für Schwarzmarktkäufe verwendete, dürfte, selbst wenn ein Teil der zusätzlichen Käufe zu relativ niedrigen „Freundschaftspreisen“ bei Bekannten getätigt wurde, eine echte, in den offiziellen Preis-Lohn-Relationen nicht zum Ausdruck kommende Erhöhung der Reallöhne vorliegen.

Die Entwicklung der offiziellen und der „schwarzen“ Preise für Nahrungs- und Genußmittel

	Nahrungsmittel		Genußmittel	
	offiziell	schwarz	offiziell	schwarz
	offizielle Preise		März 1938 = 100	
1946 April . . .	73	12.280	360	8.110
Dezember	102	4.210	366	1.440
1947 Juni . . .	120	3.810	381	1.350
November	245	4.210	678	1.440
1948 März . . .	255	2.380	433	1.020
September	255	1.190	314	490
1949 Jänner . .	326	1.060	317	

Die Vernachlässigung der Schwarzmarktpreise führt schließlich zu fiktiven, der Wirklichkeit nicht entsprechenden Steigerungen des Lebenshaltungskostenindex, wenn bewirtschaftete, aber im Rahmen der Bewirtschaftung nicht erhältliche Waren freigegeben werden und nun tatsächlich, wenn auch zu höheren Preisen, auf dem Markt erscheinen. Dieser Fall ist nach dem Preis-Lohn-Abkommen vom Au-

gust 1948 eingetreten, als im Oktober die Genußmittel der Bewirtschaftung entbunden wurden und seither zu Preisen verkauft werden dürfen, die bedeutend über den letzten feststellbaren amtlichen Preisen liegen. Die Freigabe der Genußmittel hat den Lebenshaltungskostenindex um 4,6 % erhöht, obwohl in Wirklichkeit die Lebenshaltungskosten gesunken sind, da diese Waren bis dahin nur auf dem Schwarzen Markt zu hohen Preisen gekauft werden konnten. Hätte man die Genußmittel vor der Freigabe im Index zu „schwarzen“ Preisen eingesetzt, so wäre er nach ihrer Freigabe um 0,6 % zurückgegangen.

Die Vergleichbarkeit der gegenwärtigen Lebenshaltungskosten wird ferner durch Veränderungen der *Qualität* der Konsumgüter gestört, die oft nur schwer feststellbar sind und in den wenigsten Fällen quantitativ ausgedrückt werden können. Das Verbrauchsschema wurde zwar so weit als möglich auf Waren aufgebaut, die auch nach Kriegsende ungefähr in gleicher Qualität wie vor dem Krieg erhältlich waren. Infolge der bereits während des Krieges eingetretenen allgemeinen Qualitätsverschlechterung der Konsumgüter konnte jedoch das Prinzip, stets nur Waren gleicher Qualität zu vergleichen, nicht immer konsequent durchgehalten werden. Der Index bringt daher nicht die volle, durch Qualitätsverschlechterungen eingetretene Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach Kriegsende zum Ausdruck. So ist, um einige Beispiele herauszugreifen, die Qualität von Brot, Mehl, Seife, Zigaretten und Bekleidungsgegenständen nachweisbar schlechter als in der Vorkriegszeit, ohne daß diese Tatsache in den Preisindizes entsprechend berücksichtigt werden konnte. Umgekehrt scheinen im Index seit Kriegsende eingetretene Qualitätsverbesserungen nicht auf, sofern die bessere Qualität zum gleichen Preis wie bisher die schlechtere verkauft wird, oder aber der Index zeigt, wie anlässlich der Erhöhung des Alkoholgehaltes des Bieres, eine Preiserhöhung an, obwohl in Wirklichkeit nur eine Annäherung an die friedensmäßigen Qualitäten stattgefunden hat.

Schließlich werden im Lebenshaltungskostenindex noch eine Reihe von Faktoren vernachlässigt, die zwar das Realeinkommen beeinflussen, in den Preisen aber nicht zum Ausdruck kommen. Hierzu zählen vor allem die Einengung der Konsumfreiheit durch die Bewirtschaftung, die Unregelmäßigkeit und Eintönigkeit der Lebensmittelaufträge, das jetzt allerdings bereits selten gewordene Schlangestehen vor Kaufläden, die zusätzliche Mühe, die durch das Manipulieren mit Bezugscheinen und Karten verursacht wird, die Verringerung der Wahlmöglichkeiten bei knappem Warenangebot und mangelhaft sortier-

ten Warenlagern sowie der Rückgang von zusätzlichen, in der Vorkriegszeit üblichen Verkaufseleistungen.

Die von der Wirklichkeit mehr oder minder abweichenden Annahmen — unveränderter Friedensverbrauch, offizielle Preise, friedensmäßige Qualitäten, freie Konsumwahl, normale Marktbedingungen usw. — verleihen dem Index einen weitgehend *fiktiven Charakter*. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß der auf einem friedensmäßigen Verbrauch basierende und normale wirtschaftliche Verhältnisse voraussetzende Lebenshaltungskostenindex während des Krieges und besonders in den ersten Nachkriegsjahren die wirkliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten (die tatsächliche Verschlechterung des Realeinkommens) *unterschätzt*, während er die seit der Währungsreform und besonders die seit dem letzten Preis-Lohn-Abkommen eingetretene Verteuerung der Lebenshaltungskosten (bei tatsächlicher Verbesserung des Realeinkommens) *überschätzt*.

Zunehmende Wirklichkeitsnähe des Friedensverbrauchsschemas

Daß trotz der erwähnten Mängel an der einmal gewählten Berechnungsmethode festgehalten wurde, rechtfertigt sich aus verschiedenen Gründen. Von einer Änderung des Verbrauchsschemas wurde abgesehen, weil sich der Verbrauch in der Nachkriegszeit laufend veränderte. Der durchschnittliche Konsum einer Arbeiterfamilie im Jahre 1945 war bereits für das Jahr 1946 untypisch und weicht vom heutigen Verbrauch stärker ab als dieser vom Friedensverbrauch. Ein wirklichkeitsnahes Verbrauchsschema hätte daher kurzfristig geändert werden müssen. Methodisch ist zwar ein Lebenshaltungskostenindex mit kurzfristig variablem Verbrauchsschema denkbar¹⁾. Seine praktische Berechnung scheitert jedoch daran, daß repräsentative Erhebungen über die Zusammensetzung des Konsums und seiner kurzfristigen Veränderungen in der Nachkriegszeit fehlen.

Die Einbeziehung der Schwarzmarktpreise in die laufende Indexberechnung schien deshalb wenig empfehlenswert, weil die Preisgestaltung auf dem Schwarzen Markt uneinheitlich ist. Die Preise, zu denen zusätzliche Konsumgüter außerhalb der Bewirtschaftung gekauft werden, schwanken je nach den persönlichen Beziehungen zur Landwirtschaft

und den Verbindungen zum Schwarzen Markt. Außerdem verändert sich laufend sowohl der Gesamtbetrag, der für Käufe auf dem Schwarzen Markt ausgegeben wird, als auch die Zusammensetzung der Schwarzmarktkäufe. (Während sich die zusätzliche Nachfrage nach Lebensmitteln in der ersten Nachkriegszeit hauptsächlich auf billige Nahrungsmittel wie Brot, Mehl und Kartoffeln erstreckte, verlagerte sie sich mit der Erhöhung der offiziellen Rationen zu hochwertigen Produkten wie Fleisch, Fett und Zucker.)

Im übrigen nähert sich das Friedensverbrauchsschema zu offiziellen Preisen mit fortschreitender Normalisierung der Wirtschaft immer mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Die zunehmende Wirklichkeitsnähe des Lebenshaltungskostenindex zeigt sich vor allem darin, daß die Lebensmittelrationen kalorienmäßig annähernd an den Vorkriegsverbrauch heranreichen. Die Zusammensetzung des Lebensmittelkonsums weicht allerdings, wie nachstehende Übersicht zeigt, sowohl quantitativ als auch qualitativ noch bedeutend vom Vorkriegsverbrauch ab.

Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauches

	Lebenskostenindex für 4-köpl. Arbeiterfamilie	Rationierter Wochenverbrauch					
		1946		Oktober 1947		1948	
	Wochenverbrauch kg	kg	% ¹⁾	kg	% ¹⁾	kg	%
Brot . . .	6·87	8·40	122	10·85	158	10·40	151
Nährmittel	2·61	0·84	32	0·53	20	2·00	77
Fett . . .	1·34	0·39	29	0·71	53	1·00	75
Fleisch . .	3·00	1·65	55	0·98	33	1·15	38
Zucker . .	1·47	0·42	29	0·77	52	1·28	87
Kartoffeln	3·44	6·30	183	6·30	183	6·30	183
Hülsenfr.	0·14	0·74	514	0·42	294	0·40	280
Vollmilch	18·76	3·50	40	7·00	80	7·00	80
M.-Milch	1	—	—	—	—	0·50	—
Tageskal. .	8.200 ²⁾	5.768	70	7.024	86	8.454	103
Überhöhung der „schwarzen“ Lebensmittelpr. (offiz. Preise = 1)			43·4		18·2		3·5

¹⁾ Verbrauch nach dem Lebenskostenindex = 100.

²⁾ Der angegebene Tageskaloriensatz umfaßt nicht den gesamten Kalorienverbrauch, der für die Vorkriegszeit mit rund 3.000 Kalorien pro Verbrauchseinheit (Mann über 20 Jahre) angegeben wird, sondern nur den Kalorienwert der in der Übersicht angeführten Nahrungsmittel.

Auch gewerbliche Erzeugnisse sind bereits in großer Menge und oft in friedensmäßiger Qualität erhältlich, wenn auch die hohen Preise vielfach noch eine Angleichung an die vorkriegsmäßigen Konsumgewohnheiten verhindern. Die allmähliche Locke-

¹⁾ Wenn das Verbrauchsschema kurzfristig geändert wird, entstehen einzelne Teilindizes, die miteinander zu einem Gesamtindex verkettet werden müssen. Diese Methode wird z. B. in Schweden bei der Berechnung des amtlichen Lebenshaltungskostenindex angewendet.

rung der Bewirtschaftung¹⁾ gestattet in immer größeren Bereichen eine freie Konsumwahl und durch die Aufhebung der amtlichen Preisbindungen erscheinen die Marktpreise wieder als Spiegelbild der tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Der auf einem friedensmäßigen Verbrauchsschema basierende Lebenshaltungskostenindex wird daher in absehbarer Zeit nicht nur wie bisher die Entwicklung der offiziellen Preise wichtiger Konsumgüter, sondern auch die Entwicklung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten zeigen. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß der Konsum aller Verbrauchsgüter wieder auf das Vorkriegsniveau zurückkehren wird. Es wird daher zur gegebenen Zeit notwendig sein, den Lebenshaltungskostenindex auf ein neues, wirklichkeitsnäheres Verbrauchsschema umzustellen. Mit der Neukonstruktion wird allerdings noch zugewartet werden müssen, bis sich die Konsumgewohnheiten so weit normalisiert haben, daß das auf Grund des tatsächlichen Verbrauchs eines bestimmten Jahres ermittelte Verbrauchsschema für längere Zeit als Grundlage repräsentativer Lebenshaltungskostenberechnungen dienen kann.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Die allmähliche Annäherung des Lebenshaltungskostenindex an die Wirklichkeit bedeutet, daß der Index zunehmend den tatsächlichen Unterschied der Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit widerspiegelt. Gerade der Umstand jedoch, daß der Index allmählich seinen fiktiven Charakter verliert und realistischer wird, stört die Vergleichbarkeit der laufenden monatlichen Indexziffern der letzten Jahre und verleitet vielfach zu Fehlschlüssen. Die Verbesserung des Realeinkommens, die seit Kriegsende allmählich eingetreten ist, kommt in der Relation zwischen Lebenshaltungskostenindex und Lohnindex nicht zum Ausdruck, da diese Relation bereits im Jahre 1945 ein höheres Realeinkommen vorgetäuscht hat als wirklich vorhanden war. Der

¹⁾ Vom Gesamtaufwand entfielen im Oktober 1946 noch 83%, im Oktober 1947 82% und im Oktober 1948 nur noch 59% auf bewirtschaftete Waren.

Lebenshaltungskostenindex, der bis zum Preis-Lohn-Abkommen vom August 1947 parallel mit den Löhnen gestiegen war, ist seither (bis Jänner 1949) der Lohnentwicklung um 15,7% vorausgeeilt, obwohl das *Realeinkommen* seit dem Preis-Lohn-Abkommen und vor allem seit dem Währungsschutzgesetz ohne Zweifel gestiegen ist. Diese Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Indexziffern und der Wirklichkeit ist nur teilweise der Konstruktion des Lebenshaltungskostenindex anzulasten. Im Grunde genommen ist sie eine notwendige Folge der seit Kriegsende eingeschlagenen Preis-Lohn-Politik, die bestrebt war, Löhne und Lebenshaltungskosten zu offiziellen Preisen in einer friedensmäßigen Relation zueinander zu halten, obwohl man sich darüber im klaren war, daß diese friedensmäßige Relation nur eine Fiktion sein konnte und die Normalisierung des Lohn- und Preisgefüges außerordentlich erschwerte. Das Festhalten an Fiktionen hatte jedoch den Vorteil, daß die bei Kriegsende kurzenthüllte tatsächliche Verminderung des Realeinkommens wieder verschleiert wurde, wodurch ungünstige psychologische Rückwirkungen auf die Arbeiterschaft leichter vermieden werden konnten. Außerdem wurde mit dieser Methode den untersten Einkommensschichten wahrscheinlich ein höheres Realeinkommen gesichert als bei wirklichkeitsnahen Preis-Lohn-Relationen. Diesen Vorteilen steht jedoch der Nachteil gegenüber, daß sich die vor allem seit dem Währungsschutzgesetz eingetretene schrittweise Besserung der Lebenshaltung in den Relationen zwischen offiziellen Preisen und Löhnen nicht spiegelt. Die Wirtschaftspolitik steht damit vor der keineswegs leichten Aufgabe, der Bevölkerung, die an die Optik der Ziffern gewöhnt ist und ihr vielfach mehr als der eigenen Erfahrung vertraut, begreiflich zu machen, daß das Realeinkommen trotz gegenteiliger Aussage der Indexziffern gestiegen ist, wenn man alle zusätzlichen Faktoren wie die Entwicklung der Schwarzmarktpreise, die Vergrößerung der Konsummöglichkeiten, die Qualitätsverbesserungen und die Normalisierung der sonstigen Marktverhältnisse berücksichtigt.